

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinik des Landes NRW

Newsletter Nr. 6
21. November 2006

[1. Informationen der Sprecherinnen](#)

[2. Landes- und Bundespolitik / Aus den Ministerien](#)

2.1 Hochschulfreiheitsgesetz vom Düsseldorfer Landtag beschlossen

2.2 Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen NRW: 'Angebliche Frauenförderung an Hochschulen'

2.3 BMFSFJ: Ergebnisse der Expertise 'Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik'

2.4 Kongress zu den neuen Rollen von Staat und Hochschulen - Minister Pinkwart stellt am 22. November in Bonn Hochschulfreiheitsgesetz vor

[3. Fachinformationen](#)

3.1 Studie erschienen: Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge - eine Handreichung

3.2 Studie des HIS - Zwei Drittel der Studierendenschaft engagieren sich gesellschaftlich

[4. Aus den Hochschulen](#)

[5. Aus der BuKoF / Aus anderen LaKoFs](#)

[6. Ausschreibungen](#)

6.1 Two Research Associates at Lancaster University, Department of Sociology

6.2 Wissenschaftliche MitarbeiterIn - Stelle bei der Arbeitsgruppe 7 „Umwelt und Gesundheit“ der Universität Bielefeld

[7. Personalia](#)

[8. Termine](#)

[9. Kontakt / Impressum](#)

1. Informationen der Sprecherinnen

2. Landes- und Bundespolitik / Aus den Ministerien

2.1 Hochschulfreiheitsgesetz vom Düsseldorfer Landtag beschlossen

Der Landtag hat am 25. Oktober 2006 in zweiter Lesung das [Hochschulfreiheitsgesetz \(HFG\)](#) beschlossen. Das Gesetz tritt mit Wirkung 1. Januar 2007 in Kraft.

Das Hochschulfreiheitsgesetz besteht aus drei Kernbereichen:

1. Die Hochschulen werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts verselbstständigt und sind künftig keine staatlichen Einrichtungen mehr. Die Landesregierung löst damit die Hochschulen aus der Fachaufsicht des Landes und überträgt ihnen weit reichende Kompetenzen und die Verantwortung für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen.
2. Das novellierte Hochschulrecht schafft neue, starke Leitungsstrukturen in den Hochschulen mit klarer Aufgabenverteilung zwischen Hochschulleitung und hochschulinterner Selbstverantwortung sowie mit einer engeren Anbindung an das gesellschaftliche Umfeld. Neu eingeführt wird der Hochschulrat, der zum Großteil von außerhalb der Hochschule besetzt sein wird und der wichtige strategische Entscheidungen mitverantworten soll. Die Handlungsfähigkeit und Beweglichkeit der Hochschulen soll nachhaltig erhöht werden.
3. Das Verhältnis von Staat und Hochschule wird auf eine völlig neue Basis gestellt. Auf der Grundlage konkreter Zielvereinbarungen mit dem Land werden die Hochschulen ihre eigene Strategie- und

Entwicklungsplanung vornehmen können. Der Staat zieht sich aus der Detailsteuerung zurück und stärkt die Eigenverantwortung der Hochschulen.

Innovationsminister Andreas Pinkwart (FDP) betonte in der Debatte: 'Die heutige Entscheidung ist ein Meilenstein bei der Aufholjagd.' Die FDP-Bundestagsfraktion lobte das Gesetz als Vorbild für die anderen Bundesländer (http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen_in_NRW/Recht/Hochschulfreiheitsgesetz.html)

2.2 Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen NRW: 'Angebliche Frauenförderung an Hochschulen'

(326/06 Düsseldorf, 6. November 2006) Angebliche Frauenförderung an Hochschulen - Steffens: Reiner Etikettenschwindel!

Die angebliche Finanzmittelerhöhung für Frauenförderung an Hochschulen in NRW ist reiner Etikettenschwindel. 'Das Gegenteil passiert', so Barbara Steffens MdL, frauenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion. 'Die Landesregierung streicht die ehemals 3,4 Mio. Euro für Frauenförderung vollständig, etikettiert stattdessen Mittel für andere Zwecke einfach um und klebt auf die Tüte 'Frauenförderung' drauf - doch es ist keine drin.'

Zukünftig werden 15 Prozent der Gesamtmittel für Berufungsverfahren von Professorinnen und Professoren an NRW-Hochschulen als Frauenförderung ausgewiesen. Dazu Dr. Ruth Seidl, hochschulpolitische Sprecherin der Grünen: 'Hier wird kein Euro zusätzlich für Frauenförderung ausgegeben, denn bereits jetzt werden 15 Prozent der Mittel für Frauen verwendet. Tatsächlich fallen die Frauenförderprogramme weg, z.B.: Mentoringprogramme und Stipendien.'

'So versucht die Landesregierung Bürgerinnen und Bürger in NRW für dumm zu verkaufen', kommentieren Steffens und Seidl die unlautere Rechnung der schwarz-gelben Landesregierung.

2.3 BMFSFJ: Ergebnisse der Expertise 'Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik'

(Pressemitteilung Nr. 118/2006) Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, BDI-Präsident Jürgen R. Thumann und IW-Direktor Michael Hüther stellen eine Expertise zu den Wachstumseffekten einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik vor.

Eine gezielte Familienpolitik ist ein bedeutsamer Wachstumstreiber für die deutsche Volkswirtschaft. Durch familienpolitische Maßnahmen kann es gelingen, die Wertschöpfung in den nächsten Jahrzehnten spürbar zu steigern. Bis zum Jahr 2050 ist eine familienpolitische Wachstumsdividende von fast 25 Prozentpunkten zu erwarten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Expertise des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die am Donnerstag auf dem gemeinsamen Symposium

'Wachstumsfaktor Familie' des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des IW in Berlin vorgestellt wurde.

Die Expertise ermittelt auf der Basis eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, welche Wachstumseffekte durch eine nachhaltige Familienpolitik entstehen können, die sich strategisch auf eine Erhöhung der Geburtenrate, eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und bessere Bildungschancen für Kinder konzentriert. Ergebnis: Während in einem Basisszenario demografiebedingt die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate bis zum Jahr 2030 auf 0,7 Prozent zurückgehen dürfte, kann durch eine zielgerichtete Familienpolitik der Wachstumspfad auf 1,1 Prozent angehoben werden. Bis zum Jahr 2050 kann das Wachstumspotenzial sogar von 1,3 auf 1,7 Prozent erhöht werden.

Als Bestandteile einer wachstumsorientierten Familienpolitik empfiehlt die Expertise die Einführung eines Elterngeldes, den Ausbau der frühkindlichen

Kinderbetreuung, die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten bei gleichzeitiger Einführung von Ganztagschulen sowie die fortgesetzte und

verstärkte Modularisierung der Ausbildung. Die Kurzfassung der Expertise 'Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten

Familienpolitik' ist abrufbar unter:

<http://www.erfolgsfaktor-familie.de/data/downloads/studien/Wachstumseffekte%20einer%20bevölkerungsorientierten%20Familienpolitik.pdf>

2.4 Kongress zu den neuen Rollen von Staat und Hochschulen - Minister Pinkwart stellt am 22. November in Bonn Hochschulfreiheitsgesetz vor

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft veranstaltet am Mittwoch, 22. November, 9 bis 14 Uhr, in Bonn einen Kongress zum Ländervergleich der aktuellen Entwicklungen im Hochschulrecht. Jeweils ein Regierungs- und ein Hochschulvertreter aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen präsentieren die wesentlichen Veränderungen im Hochschulrecht ihres Landes und diskutieren mit Experten die neuen Rollen von Staat und Hochschulen. Zum Hochschulfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen sprechen Minister Prof. Andreas Pinkwart und der Rektor der Universität Duisburg-Essen, Prof. Lothar Zechlin. Der Stifterverband schreibt in seiner Einladung, der Kongress ziehe Bilanz am Ende eines Jahres, "das entscheidende Veränderungen für die Hochschulen gebracht hat". Leitfragen für die Diskussion der Hochschulexperten lauten: Sind wir damit am Ende der Deregulierung - sind die Hochschulen jetzt frei? Welche Verantwortung dürfen, welche Verantwortung müssen die Länder behalten? Wie viel Deregulierung ist möglich, wie viel Abstimmung mit staatlichen Stellen nötig? Wie müssen sich Hochschulen verändern, um mit der neuen Freiheit umzugehen und was können sie mit ihr erreichen?

Anmeldungen zu dem öffentlichen Kongress "Nach der Deregulierung - Die neuen Rollen von Staat und Hochschulen" sind möglich per Fax; ein Vordruck findet sich im Internet unter

www.deregulierung.stifterverband.de.

Ort: Wissenschaftszentrum Bonn, Ahrstraße 45, 53175 Bonn. Weitere Informationen:

http://www.innovation.nrw.de/Presse/Pressetermine/pt_2006_11_22.html

3. Fachinformationen

3.1 Studie erschienen: Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge - eine Handreichung

Die Koordinationsstelle des Netzwerks Frauenforschung hat im Auftrag des Innovationsministerium eine Handreichung zur Integration von Gender-Aspekten

in gestufte Studiengänge erstellt: Becker, Ruth, Bettina Jansen-Schulz, Beate Kortendiek, Gudrun Schäfer (2006): Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge - eine Handreichung. Studien Netzwerk Frauenforschung NRW Nr.7. Dortmund (ISBN 3-936199-06-X).

Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme und umfangreicher Befragungen der am Umstellungsprozess Beteiligten werden konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit bei Entwicklung, Akkreditierung und Durchführung gestufter Studiengänge entwickelt. Die Studie erhebt nicht nur Forderungen, wie die nach der Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Gender-ExpertInnen im Akkreditierungsrat und -prozess, sondern liefert konkrete Handlungsempfehlungen. So sollen geschlechtergerechte Studiengänge für weibliche und männliche Studierende gleichermaßen attraktiv und zugänglich sein, unterschiedliche Lebensbedingungen von Studierenden sowie spezifische Interessen und Lernformen weiblicher und männlicher Studierender berücksichtigen und gleiche Übergangsmöglichkeiten in MA-Studiengänge für Studenten und Studentinnen sichern. Ihr besonderes hochschul- und wissenschaftspolitisches Gewicht erhält die Studie durch die Vorstellung fachspezifischer Curricula. Für 47 Fächer - von der Elektrotechnik, Romanistik, Theologie über die Medizin bis zur Kunstgeschichte - wird exemplarisch gezeigt, wie Inhalte der Frauen- und Geschlechterforschung in Studium und Lehre integriert und hierdurch gestufte Studiengänge geschlechtergerecht gestaltet werden können. Darüber hinaus benennt die Handreichung über 200 Gender-ExpertInnen aus diesen Fächern, die bereit sind, mit ihrer Expertise die Einführung gestufter Studiengänge fachlich zu begleiten.

Gerne übersendet Ihnen ein Exemplar der Studie: Netzwerk Frauenforschung NRW, Dr. Beate Kortendiek, Universität Dortmund/FWR, 44221 Dortmund

Tel.: 0231-755-5142, Mail: kortendiek@netzwerk-frauenforschung.de, www.netzwerk-frauenforschung.nrw.de

3.2 Studie des HIS - Zwei Drittel der Studierendenschaft engagieren sich gesellschaftlich

Zwei Drittel der Studierenden engagieren sich nach eigener Aussage in irgendeiner Form zumindest gelegentlich gesellschaftlich. Dies ergab eine von HIS im Februar 2006 durchgeführte repräsentative Studie unter 4.000 deutschen Studierenden. Es dominiert das Engagement im Jugend-, Sport- und Freizeitbereich und in der Politik, gefolgt von sozialem Engagement und dem Engagement im Bereich Kunst und Kultur. Allerdings handelt es sich

hierbei überwiegend um Gelegenheitsengagement. Die wenigsten Studierenden engagieren sich regelmäßig mehrmals in der Woche. Im Durchschnitt engagieren sich aktive Studierende sechs Stunden pro Woche. Bei den Gründen für gesellschaftliches Engagement werden am häufigsten utilitaristische Gründe genannt. Anscheinend nutzen Studierende bewusst gesellschaftliches Engagement, um bestimmte Schlüsselkompetenzen zu erwerben bzw. zu vertiefen, die beim späteren Übergang vom Studium in den Beruf wichtig sind. 53% der Studierenden sehen in gesellschaftlichem Engagement eine gute Möglichkeit, sich weiterzuqualifizieren. 60% der Aktiven und 49% der Nicht-Aktiven glauben, dass gesellschaftliches Engagement die Chancen im späteren Berufsleben erhöht (alle Studierenden: 56%).

Die Studie steht für Sie unter <https://hisbus.his.de/hisbus/docs/hisbus15.pdf> zum kostenlosen Download zur Verfügung

4. Aus den Hochschulen

5. Aus der BuKof / Aus anderen LaKoFs

6. Ausschreibungen

6.1 Two Research Associates at Lancaster University, Department of Sociology

Two Research Associates at Lancaster University, Department of Sociology - 'Comparative gender analysis'. Applications are invited for up to two full-time two-year (or equivalent part-time) Research Associates to work under the direction of Prof Sylvia Walby on the comparative analysis of the meaning of gender equality in EU Member States. Applicants should have finished or be near completion of a PhD in the social sciences. The work, funded by the EU, is located in the Department of Sociology, and involves cooperation with an EU-wide research network.

Closing Date: 24. Nov 2006. Interviews are expected to be held during the week commencing 11 Dec 2006. The posts will commence on 1 Mar 2007 or as soon as possible thereafter. Salary: Pound 22.111-25.633. Ref: A655. Candidates should enclose a piece of work (chapter, article, paper) with their CV and letter of application.

6.2 Wissenschaftliche MitarbeiterIn - Stelle bei der Arbeitsgruppe 7 „Umwelt und Gesundheit“ der Universität Bielefeld

In der Arbeitsgruppe 7 „Umwelt und Gesundheit“ an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld ist ab 01.01.2007 im Bereich „Forschung und Lehre“ eine Stelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (maximal E 13, entspricht BAT IIa, befristet für 2 Jahre) zu besetzen.

Tätigkeit: Planung, Durchführung und Publikationen eigener und bereits etablierter Forschungsprojekte, Konzeptionierung, Durchführung und Koordination von Lehrveranstaltungen, Organisation von Workshops/Tagungen, Drittmittelerwerb.

Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation sind vorhanden

Schriftlichen Bewerbungsunterlagen inkl. Publikationsliste unter Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittsdatums sind zu übersenden an:

Univ.-Prof. Dr. Claudia Hornberg, AG 7 – Umwelt und Gesundheit, Universität Bielefeld, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld

Bewerbungsschluss: 22.11.06

Weitere Informationen unter <http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Aktuelles/Stellenausschreibungen/index.html>

7. Personalia

Dr. Christiane Frantz vom Institut für Politikwissenschaft wurde am 25.10.2006 für zwei Jahre vom Senat der **Universität Münster** zur neuen Gleichstellungsbeauftragten der Westfälischen Wilhelms Universität Münster gewählt. Sie ist damit Nachfolgerin der Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Marianne Ravenstein. Zur Stellvertreterin von Dr. Frantz aus der Gruppe der Studierenden wurde **Jessica Upritchard** gewählt.

8. Termine

18. November 2006

Landesweites Frauenforum zum Thema 'Demographie und Feminismus - Sind Frauen für die demographische Entwicklung verantwortlich?'

in Düsseldorf von 10:30 bis 16:15 Uhr

Die Einladung zu dieser Veranstaltung ist ab sofort auf der Homepage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen NRW unter http://www.gruene-nrw.de/Frauenforum_2006.9637.0.html zu finden.

Informationen: Bündnis 90/Die Grünen NRW, Angela Hebler (Frauenreferat), Jahnstr. 52, 40215 Düsseldorf, Tel.: 0211-3866630, Fax: 0211-3866699

24. und 25. November 2006

Workshop 'Interpreting Intersectionality: Analyzing Gender and Its Intersections in Feminist Research' mit Kathy Davis (Marie Jahoda Gastprofessur), Dubravka Zarkov (Institute for Social Studies, Den Haag) und Ilse Lenz (Ruhr-Universität Bochum)

10-17 Uhr im MSZ 02/3 der Ruhr-Universität Bochum

Neben der Gastprofessorin Kathy Davis (Utrecht, NL), wird mit Dubravka Zarkov (Institute for Social Studies, Den Haag) eine weitere Expertin mitwirken. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Intersektionalität von Gender, Sexualität und Ethnizität besonders in bewaffneten Konflikten und ihrer Transformation.

Anmeldung bis zum 17. November 2006 bei Frau Silke Bode, RUB, Tel: 0234-32 22986, silke.bode@rub.de

30. November bis 2. Dezember 2006

Internationale Tagung 'Europakompetenz - durch Begegnung lernen' in Graz

Veranstalterin ist die Projekt-Gruppe 'LinE - LehrerIn in Europa'. LinE ist ein Comenius-2.1-Projekt, das sich mit Europakompetenz als Merkmal von Professionalisierung (zukünftiger) Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt. Ziel der Tagung in Graz ist es, Europakompetenz fassbar zu machen, die Dimensionen des Begriffs aufzuzeigen, bisherige Erkenntnisse zu disseminieren und ihre Nachhaltigkeit zu gewährleisten, die Möglichkeit zu Begegnungen zu schaffen und Anregungen für die eigene Praxis zu geben.

Kontakt: Tamina Urbaniak, Telefon +49 (0) 5251/60-2940

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage <http://line.upb.de/anmeldung>

07. Dezember 2006

Tagung 'Mentoring im Kontext der Personal- und Organisationsentwicklung an Hochschulen' an der Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg, Gerhard-Mercator Haus von 09:30-18:30 Uhr.

Ziel der Tagung ist, die konzeptionellen Entwicklungen und die Erfahrungen mit Mentoring-Programmen im akademischen Feld im Hinblick auf eine nachhaltige Weiterentwicklung und Implementierung in die Hochschulstrukturen zu diskutieren und zu bewerten. Fokussiert werden dabei innovative Mentoring-Formen, die hochschulübergreifend arbeiten, sowie Erfahrungen mit fachspezifischen Programmen.

Anmeldeschluss: 30.11.2006

Kontakt: Dr. Renate Klees-Möller, renate.klees-moeller@uni-due.de, Tel: 0203-379-3118

Weitere Informationen sowie das Anmeldeformular finden Sie unter www.netzwerk-metoring-nrw.de

14.-16. Dezember 2006

Tagung 'Wandel - Zäsuren - Brüche. Interdisziplinäres Nachdenken über Paradigmen der Geschlechterforschung' im Gästehaus der Uni Bremen

Kontakt: Christine Eifler (ceifler@uni-bremen.de) und Ines Weller (weller@uni-bremen.de)

Homepage: www.zfs@uni-bremen.de

16. Januar 2007

Vorstellung der FiF Publikation: 'Erfolgreiche Frauen, erfolgreiche Projekte: Deutsche Wissenschaftlerinnen in der EU-Forschung' in Bonn von 11.30-14 Uhr.

Alle 10 in der Studie portraitierten Frauen werden anwesend sein und mit Ihnen bietet FiF das EU-Forum für

Nachwuchswissenschaftlerinnen 'Junior meets Senior' an.

Die Veranstaltung ist kostenlos, aber an ein Auswahlverfahren gebunden (Informationen unter: <http://www.eubuero.de/veranstaltungen>). Bewerbungen bis 30. November 2006 an: klaudia.wallau@dlr.de. Kontakt: Nina Berweger, EU-Büro des BMBF, Tel.: 0228/3821-647, e-Mail: nina.berweger@dlr.de, Besucheradresse: Königswinterer Str. 522-524, 53227 Bonn

1. und 2. Februar 2007

Fachkongress 'Job-Chance-Internet. Frauen gestalten Zukunft' des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit

u.a. in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit. Das Kompetenzzentrum führt gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern des Kongresses den Wettbewerb 'GET IT ON! Jobperspektiven für Frauen rund ums Internet' (Preis 9.000 €) durch, um Ideen und Projekte für die erfolgreiche IT-Qualifizierung von Wiedereinsteigerinnen, Berufsrückkehrerinnen und arbeitssuchenden Frauen für die Beschäftigung in der Internetwirtschaft zu ermitteln und auszuzeichnen.

Weitere Informationen unter www.job-chance-internet.de

9. Kontakt / Impressum

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Nordrhein-Westfalen (LaKof NRW)

Koordinierungsstelle

Annelene Gäckle

c/o Fachhochschule Köln

Ubierring 40

50678 Köln

Tel. 0221 - 8275 3611

Fax 0221 - 8275 3938

Email: lakofnrw@zv.fh-koeln.de

<http://www.lakofnrw.fh-koeln.de>

Sprecherinnen der LaKof NRW:

Dipl.-Ing. Marlies Diepelt

Gleichstellungsbeauftragte

RWTH Aachen

Templergraben 55

52056 Aachen

Tel. 0241-809-3576

Fax 0241-809-2258

diepelt@rwth-aachen.de

Dipl.-Ing. Gabriele Drechsel

Gleichstellungsbeauftragte

Fachhochschule Köln

Ubierring 40

50678 Köln

Tel. 0221-8275-3455

Fax: 0221-8275-3938

gleichstellungsbeauftragte@fh-koeln.de

Dipl.-Ing. Dipl.-Soz.Arb. Gabriele

Kirschbaum

Gleichstellungsbeauftragte

Fachhochschule Dortmund

Sonnenstr. 96

44139 Dortmund

Tel.: 0231-9112-354 oder - 757

Fax: 0231-9112-681

gleichstellungsbuero@fh-dortmund.de

Dr. Ute Zimmermann

Gleichstellungsbeauftragte

Universität Dortmund

Emil-Figge-Str. 66

44227 Dortmund

Tel. 0231-755-2603 u. -2610

Fax: 0231-755-5456

zimmermann@verwaltung.uni-dortmund.de

V.i.S.d.P.: Dipl.-Ing. Gabriele Drechsel